

QUELLENDOSIER

Die Locarno-Verträge in der Kontroverse – Reden und Reichstagsprotokolle aus dem November 1925

Autor: Sebastian Diedrichs; mit Materialvorschlägen von Peter Geiss

ZUR AUSGANGS- UND QUELLENLAGE

Die Verträge von Locarno, die im Oktober 1925 am Lago Maggiore im Süden der Schweiz verhandelt wurden, bedeuteten ein wichtiges Entspannungssignal: Deutschland erkannte die ihm 1919 durch den Versailler Vertrag zwangsweise auferlegten Westgrenzen zu Frankreich und Belgien nun noch einmal freiwillig an (nicht jedoch die Ostgrenzen zu Polen und zur Tschechoslowakei). Zudem war ein deutscher Beitritt in den Völkerbund vorgesehen, der einer Rückkehr in den Kreis der respektierten Nationen gleichkam. Die Verträge traten im September 1926 mit der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in Kraft. Sie sind fester Bestandteil der Sicherheitspolitik Deutschlands und der westlichen Demokratien nach dem I. Weltkrieg.¹

In diesem Quellendossier werden Positionen und Reaktionen von Politikern verschiedener Fraktionen in den Reichstagsdebatten aus dem November 1925 gesammelt, aufgearbeitet und kontextualisiert. Auf diese Weise lassen sich die innerdeutschen Standpunkte zu den Verträgen multiperspektivisch einander gegenüberstellen. Mit dem Quellendossier leisten wir die Vorarbeit der Sichtung und Lektüre der Reichstagsprotokolle zwischen dem 23. und dem 27. November 1925 (vom 13.08.1925 bis zum 19.11.1925 fanden keine Sitzungen statt) und bieten durch die Zusammenstellung ausgewählter Ausschnitte aus den Protokollen eine Auswahl gekürzter Quellen für den Gebrauch im Geschichtsunterricht oder in anderen didaktischen Kontexten.

Die Beschlüsse über die Locarno-Verträge wurden in den parlamentarischen Reden und Debatten im Reichstag kontrovers diskutiert. Namentlich DNVP und NSDAP (im Reichstagsprotokoll noch als NSA bezeichnet, da die Partei zwischen Ende 1923 und Anfang 1925 kurzzeitig verboten worden war) insistierten dabei gegen die Aufgabe westlicher Gebietsansprüche, die sie als nationalen „Verrat“ brandmarkten, während von linker Seite die KPD einen Zusammenschluss kapitalistischer Länder gegen die Sowjetunion befürchtete. Infolge der Auseinandersetzungen trat die DNVP aus der Regierung aus, sodass die Verträge von Locarno nur mithilfe der nicht an der Regierung beteiligten SPD ratifiziert werden konnten.

Da die Reichstagsprotokolle lizenziert zur Verfügung stehen, ist der Abdruck der Quellen urheberrechtlich unbedenklich. Das Münchener Digitalisierungs-Zentrum hat alle Reichstagsprotokolle, respektive Stenographischen Berichte zwischen 1867 und 1942 unter folgendem Link digital versammelt: <https://www.reichstagsprotokolle.de/index.html> [13.05.2025].

Die Quellenangaben zu den Parlamentsdebatten finden Sie gesammelt am Ende des Dokuments!

LEHRPLANANKNÜPFUNG

Das Quellendossier knüpft exemplarisch für das Land NRW an folgende Lehrplanvorgaben an:

- KLP NRW Sek II, Inhaltsfeld 7: Friedensschlüsse und Ordnungen des Friedens in der Moderne; Internationale Friedensordnung nach dem Ersten Weltkrieg

¹ Wenn gelegentlich auch von dem *Vertrag von Locarno* die Rede ist, ist das Schlussprotokoll vom 16. Oktober 1925 gemeint, das die Zustimmung aller beteiligten Nationen zu den einzelnen, teils nur zwischen zwei Nationen ausgeführten Verträgen, schriftlich festhält. So hat Deutschland neben dem gemeinsamen Vertrag mit Belgien, Frankreich, Großbritannien und Italien (ohne Beteiligung der Sowjetunion!) auch gesonderte Schiedsabkommen mit Belgien, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei unterzeichnet. Zwar unterhielt Deutschland mit dem Moskauer Vertrag (12.10.1925) weiterhin wirtschaftliche Beziehungen zur Sowjetunion, diese jedoch liefen losgelöst von den Locarno-Verträgen ab.

CHRONOLOGIE

6. Februar 1919	Erste Sitzung der verfassungsgebenden Nationalversammlung in Weimar
28. Juni 1919	Unterzeichnung des Versailler Vertrages als Resultat der Pariser Friedenskonferenz / Kriegsschuldsparagraph 231 besiegelt Totalität der deutschen Niederlage / Gebietsabtretungen : Elsass-Lothringen geht an Frankreich zurück, während Polen Posen, Westpreußen und Teile von Oberschlesien erhält. Auch Eupen-Malmedy geht an Belgien und das Saargebiet kommt unter Völkerbundverwaltung. Zudem verliert Deutschland alle seine Kolonien.
1921/1922	Annahme des „Londoner Zahlungsplans“ und Beginn der von den deutschen Nationalisten hart bekämpften „ Erfüllungspolitik “ Wirths und Rathenau
16. April 1922	Vertrag von Rapallo zwischen Deutschland und der Sowjetunion markiert durch die Aufnahme von wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen ersten Anlauf eigenständiger deutscher Außenpolitik
11. Januar 1923	Beginn der Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen, nachdem Deutschland den Reparationszahlungen nicht nachgekommen war
16. August 1924	Beschluss über die Räumung des Ruhrgebiets und Inkrafttreten des Dawes-Plans , der die Reparationszahlungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands angepasste / wirtschaftliche Stabilisierung durch Auslandskredite
Januar 1925	„ Bürgerblock “-Koalition unter Reichskanzler Luther nimmt ihre Arbeit auf

Überblick nach: KOLB, Eberhard/SCHUMANN, Dirk: Die Weimarer Republik (OGG 16), 8. überarb. u. erw. Aufl., München 2013, S. 23-56.

DIE LOCARNO-VERTRÄGE IM ÜBERBLICK

Anerkennung der Westgrenze

- Deutschland, Frankreich und Belgien erkannten die im Versailler Vertrag festgelegte deutsche Westgrenze als unverletzlich an
- Großbritannien und Italien garantierten diese Grenze und verpflichteten sich, im Falle eines Angriffs oder einer Vertragsverletzung militärisch zugunsten des Angegriffenen einzugreifen

Regelung der Ostgrenzen

- Deutschland schloss mit Polen und der Tschechoslowakei Schiedsverträge ab, die die jeweiligen Vertragspartner zur friedlichen Beilegung der Streitfragen verpflichteten
- Gleichwohl wurde keine endgültige Anerkennung der Ostgrenzen festgelegt!

Rheinland und Völkerbund

- Deutschland verzichtete auf Gewalt zur Änderung der Westgrenze und bestätigte zudem die Entmilitarisierung des Rheinlands
- Die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund wurde vorbereitet und am 8. September 1926 offiziell vollzogen

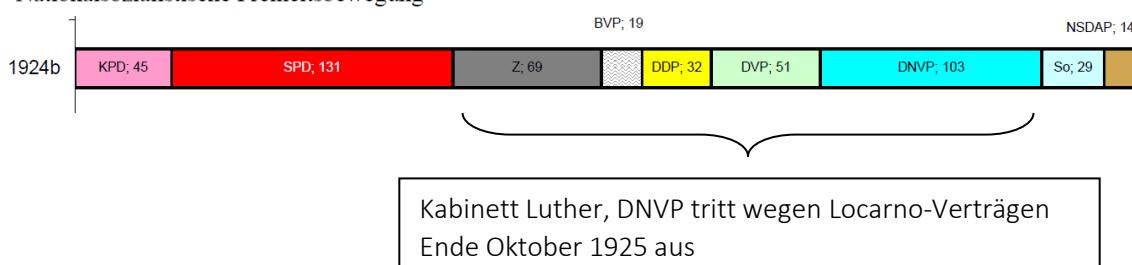
HINTERGRUNDINFORMATION: MEHRHEITSVERHÄLTNISSE IM REICHSTAG

Reichstagswahlen 1919 – 1933

	1919	1920	1924a	1924b	1928	1930	1932a	1932b	1933
Wahlbeteil.	83,0	79,2	77,4	78,8	75,6	82,0	84,1	80,6	88,7
KPD			2,1	12,6	8,9	10,6	13,1	14,6	12,3
USPD	7,6	17,6	0,8	0,3	0,1				
SPD	37,9	21,9	20,5	26,0	29,8	24,5	21,6	20,4	18,3
DDP	18,6	8,3	5,7	6,3	4,9	3,8	1,0	1,0	0,9
Zentrum	15,9	13,6	13,4	13,6	12,1	11,8	12,4	11,9	11,3
BVP	3,8	4,4	3,2	3,7	3,1	3,0	3,3	3,1	2,7
DVP	4,4	13,9	9,2	10,1	8,7	4,8	1,2	1,9	1,1
DNVP	10,3	15,1	19,5	20,5	14,3	7,0	5,9	8,7	8,0
NSDAP			6,5 ^a	3,0 ^b	2,6	18,3	37,4	33,1	43,9
Sonstige	1,6	3,3	8,6	7,5	13,9	13,8	2,0	2,6	1,6

^a Deutsch-Völkische Freiheitspartei und NSDAP

^b Nationalsozialistische Freiheitsbewegung



Voranstehende Datenübersichten nach:

<https://www.bundestag.de/resource/blob/190456/f8d637d1039a06a614cff0264f8b5d10/reichstagswahlergebnisse-data.pdf> [26.05.2025], Quellenangabe dort: FALTER, Jürgen u.a.: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, München 1986. Informationen zu Kabinett Luther hier eingefügt nach: KOLB, Eberhard/SCHUMANN, Dirk: Die Weimarer Republik (OGG 16), 8. überarb. u. erw. Aufl., München 2013, S. 82.

KARIKATUR: „DIE KRIEGSSCHULDFRAGE IN LOCARNO“

Titelkarikatur von: Simplicissimus 925 (Jg. 30), Heft 29, Seite 409. Online abrufbar unter:

http://www.simplicissimus.info/index.php?id=6&tx_lombkswjournaldb_pi1%5Bvolume%5D=28&tx_lombkswjournaldb_pi1%5Baction%5D=showVolume&tx_lombkswjournaldb_pi1%5Bcontroller%5D=YearRegister&cHash=c201d53834f6e332dd792437b8a50b0e [24.05.2025].

VERTRAGSTEXT (IN DEUTSCHER UND FRANZÖSISCHER SPRACHE)

Den vollständigen Vertragstext finden Sie zusammen mit dem Ratifikationsgesetz des Reichstags im Digitalisat des Reichsgesetzblattes, Teil II, Nr. 52, ab S. 975: <https://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=drb&datum=1925&page=999&size=45> [26.05.2025].

AUSZÜGE AUS DEN REDEN/PROTOKOLLEN

Q1 Reichskanzler Hans Luther zum Versailler Vertrag und der Gebietsfrage im Osten



Hans Luther (1879-1962) war ein deutscher parteiloser Politiker. Er wuchs in Berlin auf und studierte Jura. Anschließend war er von 1918-1922 als Oberbürgermeister der Stadt Essen in der Kommunalpolitik tätig. 1922 wechselte er in den Reichstag und bekleidete unter den Kanzlern Cuno, Stresemann und Marx jeweils Ministerposten. Dabei gehörte er keiner Partei an, vertrat aber bürgerlich-liberale Standpunkte. Ab Januar 1925 war er selbst Reichskanzler und leitete eine bürgerliche Koalitionsregierung, der neben der Zentrumspartei, der DDP, BVP und DVP auch erstmals die rechtsnationale DNVP angehörte. Weil die DNVP den außenpolitischen Versöhnungsweg in Locarno nicht mitgehen wollte, trat sie in diesem Zuge Ende Oktober 1925 aus der Regierung aus.

„[4480] Bei der Würdigung dieser Bestimmungen erhebt sich sofort die Frage, in welchem Verhältnis der Westpakt zum Versailler Vertrage steht. Es war, wie sich schon aus der deutschen Note vom 20. Juli ergibt, nicht das deutsche Verhandlungsziel, durch den Sicherheitspakt den Versailler Vertrag als solchen zu ändern. Dem entsprechend heißt es im Artikel 6 des Westpaktes, daß dieser die Rechte und Pflichten unberührt läßt, die sich für die am Westpakt beteiligten Staaten aus dem Vertrage von Versailles ergeben. (*Zuruf von den Völkischen: Also auch die Schuldlüge!*) Der Sinn dieser Bestimmung ist klar: Sie findet sich in der gleichen Fassung in einer ganzen Reihe anderer Verträge, die wir in den letzten Jahren, ja noch im Laufe des letzten Sommers abgeschlossen haben. Die Rechte und Pflichten aus dem Versailler Vertrag bleiben unberührt —, das bedeutet nicht, daß Deutschland erneut ein förmliches und feierliches Bekenntnis zum Versailler Vertrage ablegte (*Zuruf von den Völkischen: Doch!*) und bedeutet ebensowenig, daß ein neuer Rechtsgrund für die Geltung und Dauer dieses Vertrages geschaffen würde. [...]

[4481] Ich gehe nun über zu den Verträgen mit Polen und der Tschechoslowakei. Wir haben stets offen ausgesprochen, daß unsere Stellung zu den Ostfragen nicht die gleiche ist wie zu den Westfragen, daß deshalb auch im Rahmen der Sicherheitsverhandlungen eine dem Westpakt gleichende, in irgendeiner Weise auf die Grenzen abgestellte Regelung für den Osten nicht in Betracht kommen könnte. Daß Deutschland nicht die Macht und nicht den Willen hat, im Osten Krieg zu führen, brauche ich nicht erneut zu betonen. Wir haben keinen anderen Wunsch und kein anderes Interesse, als auch unsere östlichen Beziehungen sich auf friedlichen Wegen entwickeln zu sehen. Ein Beweis dafür sind die in Locarno paraphierten Schiedsverträge mit Polen und der Tschechoslowakei. Sie gleichen inhaltlich genau den Schiedsverträgen mit Belgien und Frankreich, nur mit dem grundsätzlichen Unterschied, daß sie sich nicht wie diese letzteren an einen besonderen Sicherheitspakt anlehnen. Ihre Tragweite erschöpft sich in den in ihnen selbst enthaltenen Bestimmungen und wird dadurch genau und unzweideutig umgrenzt. Rechtsstreitigkeiten zwischen Deutschland und Polen sowie zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei sollen durch bindendes Schiedsgerichtsurteil erledigt, politische Interessenkonflikte dagegen in einem Ausgleichsverfahren ohne endgültige Bindung behandelt werden. Auch das ist eine Vereinbarung von großer Bedeutung. Sie wird im Interesse beider Teile zunächst den praktischen Vorteil mit sich bringen, daß die Beziehungen zwischen den beteiligten Ländern von nutzlosem Streit über akute Einzelfragen entlastet werden. Sie schafft aber außerdem in Verbindung mit den Bestimmungen der Völkerbundssatzung eine Grundlage für die Aufrechterhaltung des Friedens im Osten überhaupt, eine Grundlage, die nicht dadurch wertlos wird, daß sie nicht restlos jede Kriegsmöglichkeit beseitigt.“

Q2 Oppositionspolitiker Otto Wels (SPD) äußert seine Zustimmung zu den Verträgen



Otto Wels (1873-1939) war ein deutscher Politiker der Sozialdemokratischen Partei. Er wuchs in Berlin auf, arbeitete zunächst als Tapezierer und engagierte sich früh in Gewerkschaften. Mit Beginn der Weimarer Republik war er einer der führenden sozialdemokratischen Politiker in Deutschland und wurde ab 1919 Parteivorsitzender der SPD. Während die Locarno-Verträge verhandelt wurden, war die SPD nicht Teil der Regierung. Trotzdem unterstützte sie den außenpolitischen Schritt zur transnationalen Versöhnung. In seiner Rede spricht sich Otto Wels für einen friedenspolitischen Kurs Deutschlands aus. Eine große Rolle spielte Wels zudem im März 1933, als er sich dem Ermächtigungsgesetz der Nationalsozialisten entschieden widersetzte.

„[4486] Das Bedürfnis der Welt nach Ruhe, nach Stabilität darf nicht vorüber gehen, ohne daß wir es den Bedürfnissen Deutschlands und seiner Arbeiterklasse nutzbar gemacht haben. Die Stunde ist da, die zum Handeln zwingt, denn die Zahl der verpaßten Gelegenheiten in Deutschland ist gerade groß genug, als daß wir sie noch vermehren dürften. An der Ruhrbesetzung, an der Inflation sollten wir alle genugsam gelernt haben. Was seit Jahrzehnten in Europa fehlte, das Bedürfnis nach europäischer Solidarität, das ist heute ein sichtbares Bedürfnis aller europäischen Völker geworden. [...]

Locarno ist ein Vertrag, der auf niemand abzielt, der für niemand eine Spitze hat und niemand bedroht. [Zitat des britischen Außenministers Chamberlain]

10 Offenbar halten die Herren Deutschnationalen und die Kommunisten gerade das für das Tadelnswerte an diesen Verträgen; sie kündigten ihnen ja erbitterte Fehde an. Das aber sollten vor allen Dingen die Kommunisten doppelt bedenken, die die Entscheidungsfrage gegenwärtig so formulieren: Locarno und Westverträge oder Ostarbeitung. Völkerbund auf der einen Seite und Bündnis mit Sowjetrußland für Deutschland auf der anderen. Meine Damen und Herren! Das ist ein 15 Rückfall in die Methode des imperialistischen Denkens der Vorkriegszeit. Das ist ein Rückfall in das Denken, das zu dem verhängnisvollen System der großen Kriegsbündnisse in Europa geführt und den Weltkrieg heraufbeschworen hat. [...]

20 [4487] Die Fragestellung Völkerbund oder Bündnis mit Sowjetrußland dient nicht der Herbeiführung des Friedens, sondern diese Fragestellung schließt den Gedanken an eine kommende Auseinandersetzung mit Gewalt in sich. Das Ziel der Politik aber, die nach Locarno geführt hat, ist die Ausschließung des Krieges und die Vorbereitung des Friedens. Deutschland braucht kein Bündnis mehr mit Sowjetrußland. Deutschland und Rußland haben den Vertrag von Rapallo. Vor dem Tage von Locarno gelangte der deutsch-russische Handels- und Wirtschaftsvertrag zum Abschluß. Hinter diesem Vertrage steht auf deutscher Seite der Wille, mit Rußland in Frieden und Freundschaft zu leben, wirtschaftliche Vorteile aus dieser Verbindung zu ziehen und auch Rußland bei seinem 25 wirtschaftlichen Aufbau zu helfen. Unsere Überzeugung ist es, daß Rußland nicht dauernd aus der europäischen Wirtschaft und aus seinem Völkerleben ausgeschaltet werden kann ohne schwere Schädigung der übrigen Welt. Darum denkt in ganz Deutschland kein Mensch daran, sich nach dem Westen deshalb zu orientieren, weil er zwischen Deutschland und Rußland einen Kordon errichten will.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

35 Welches Bündnis, meine Damen und Herren, soll denn über den Rapallo-Vertrag, über den Handels- und Wirtschaftsvertrag hinaus mit Rußland noch geschlossen werden? Sollen Deutschland und Rußland etwa ein Schutz- und Trutzbündnis gegen die westlichen Staaten Europas schließen, etwa eine Militärkonvention zwischen der Roten Armee und der deutschen Reichswehr? Man braucht nur daran zu denken, um das Unsinnige eines solchen Gedankens zu erkennen. [...]

40 45 [4488] Meine Damen und Herren! Das System der Locarnoverträge und des Völkerbundes ist — das sei immer wieder ausgesprochen — keineswegs gegen Rußland gedacht oder auch nur objektiv gegen Rußland gerichtet. Das wird nicht nur von allen behauptet, sondern auch jetzt von Rußland freiwillig zugestanden. Aber solange Rußland freiwillig abseitssteht, bedeutet das seine wachsende Isolierung, die wie jede andere Isolierung insbesondere im Hinblick auf die großen Gegensätze zum britischen Weltreiche sich unter Umständen diplomatisch und wirtschaftlich ungünstig für Rußland allein auswirken kann.

50 55 [4492] Am Ausgang des Krieges sehen wir zwei große Ereignisse: auf der einen Seite den Übergang Deutschlands zur Demokratie, den wir heute bei uns noch heiß umkämpfen, und auf der anderen Seite die politische Entdeckung Europas. Die politische Entdeckung Europas als Staatensystem ist die Rückwirkung der geographischen Entdeckung Amerikas vor mehr als 400 Jahren. Jenseits des Ozeans haben die jungen Völker eines neuen Kontinents eine Schicksalsgemeinschaft, eine Schicksalsverbundenheit erkannt und durchgeführt. Ungeheure Gebiete von unerschlossenen Naturschätzen, in denen der Verkehr durch keine Zollschränke gehemmt ist, bieten dort drüben die Möglichkeiten eines ungeahnten Aufstiegs. Wir aber in Europa sind eingesperrt in enge Zollkäfige, in Haß und in Mißtrauen gegeneinander gestellt und voneinander getrennt. Durch blutige Erinnerungen gehen wir dem sicheren Untergang entgegen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien.

60 Der Weg zur Befreiung wird in den Verträgen von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschritten. Er ist noch weit, aber der erste Schritt wird damit getan. Es ist derselbe Schritt, den die führenden Geister des internationalen Sozialismus schon vor dem Kriege gewiesen haben. 10 Millionen Menschen haben es mit ihrem Leben bezahlen müssen, daß die Völker um 1914 noch nicht reif genug waren für die Gedanken eines Jean Jaurès und eines August Bebel. Jetzt erst beginnt sich das Verständnis dafür zu regen, daß wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind, dass unsere inneren Händel und Streitigkeiten Erbärmlichkeiten sind und daß wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen sein wollen.“

Q3 DNVP-Politiker Kuno Graf von Westarp und das Festhalten an der „Schuldlüge“



Kuno Graf von Westarp (1964-1945) war ein deutscher Politiker. Seit 1886 war er im preußischen Staatsdienst tätig, engagierte sich in der Deutschen Konservativen Partei (DKP) und prägte die konservative Politik. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges war er an der Gründung der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) beteiligt und stieg zwischen 1925 und 1926 bis zum Parteivorsitzenden auf. 1930 trat er aus der DNVP aus und befürwortete eine autoritäre Entwicklung des Regierungssystems. Mit Brünings Abtreten 1932 zog auch Westarp sich aus der aktiven Politik zurück. Seine Haltung zum Nationalsozialismus war ambivalent: Während er die Revision des Versailler Vertrags durch den Zweiten Weltkrieg begrüßte, kritisierte er privat die vollständige Ausschaltung des Parlaments.

„[4493] Meine Freunde und ich werden die Gesetzesvorlage, die zur Beratung steht, einstimmig ablehnen. Die scharfen Angriffe, denen wir uns dadurch aussetzen, haben wir vorausgesehen. Sie können uns nicht irre machen, denn wir setzen ihnen die guten sachliche Gründe unserer Haltung entgegen. Herr Wels hat eine Voraussage der Sozialdemokratie wahrzumachen versucht: sie werde den Kampf für Locarno und gegen uns unter der Parole »Krieg oder Frieden« führen. Mit dieser Voraussage hat die Sozialdemokratie erneut bewiesen, daß sie gegen uns nur mit unehrlichen Waffen kämpfen kann.

(*Lachen bei den Sozialdemokraten.*)

Kein Mensch glaubt doch im Ernst daran, daß wir wahnsinnig genug wären, unser wehrloses Volk in einen Krieg mit den bis an die Zähne bewaffneten Nachbar hineinzutreiben.

(*Abgeordneter Dittmann: Sie singen doch auf Ihrem Parteitag: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“*)

— Wir haben das nicht auf dem Parteitag gesungen, sondern nach Schluß des Parteitages ist von der Kapelle eine in weiten Kreisen der Soldaten bekannte Zusammenstellung von Märschen gespielt worden, die die Erinnerung an die Soldatenzeit und an das Heldenhum des Weltkrieges wachrufen sollte. — Der Gedanke der Verständigung und Versöhnung wird von uns nicht grundsätzlich abgelehnt. Auch wir wollen die Verständigung Deutschlands mit seinen Kriegsfeinden und seinen Nachbarn. Nur muß es eine Verständigung sein, die den deutschen Boden von feindlichen Truppen säubert, eine Verständigung, die Deutschland wirklich Gleichberechtigung und Freiheit bringt; nur müssen dabei die anderen, die so oft fordern, Deutschland solle seinen guten Willen beweisen, auch einmal den guten Willen zeigen, all das furchtbare Unrecht, all die entsetzliche Gewalt, die sie Deutschland angetan haben, wenn nicht wiedergutzumachen, so doch wenigstens einmal aufhören zu lassen.

(*Sehr richtig! bei den Deutschnationalen.*) [...]

[4494] Die Grundgedanken unseres Widerspruchs gegen das Werk von Locarno sind vier. Der erste: Jeder Verzicht auf deutsches Land, jedes erneute und freiwillige Anerkenntnis des Versailler Diktats sollte durch die Fassung und die zeitliche Begrenzung der abzuschließenden Verträge ausgeschlossen sein. [...]

30 [4496] Der zweite der Grundgedanken, um die es sich für uns handelt, ist, dass Deutschland als Land der Mitte Europas sich seine Handlungsfreiheit und die Möglichkeit seiner Unabhängigkeit wahren muss. [...] Nach Osten weist uns – und das ist ja alte, ich darf sagen, konservativ-preußische Politik, das ist die Politik Bismarcks – nach Osten weißt uns politisches Interesse, nach Osten weist uns bei der gegenwärtigen Lage des Weltmarktes auch das wirtschaftliche Interesse.

(Wiederholte Zustimmung bei den Deutschnationalen.)

35 Wir müssen uns die Handlungsfreiheit nach Osten freihalten, freihalten auch im Hinblick auf die östlichen Grenzen Deutschlands, die ja nach allgemeiner Anerkennung so unmöglich gezogen sind, in Oberschlesien nicht ohne Schuld des Völkerbundes so unmöglich gezogen sind,

(lebhafte Zustimmung bei den Deutschnationalen und den Völkischen),

40 daß sie auf die Dauer nicht von Bestand sein können. Da erwecken uns der Völkerbund und die Schiedsverträge schwere Bedenken. [...]

[4497] Der dritte Hauptsatz, auf den wir Wert legen, heißt:

45 Nur auf dem Boden voller, auch praktisch wirksamer Gleichberechtigung könnte das Werk von Locarno für Deutschland möglich und annehmbar sein. Noch lastet auf Deutschland die Schmach der Schuldlüge. Wir erkennen gern an, daß der Widerruf des deutschen Schuldbekenntnisses zunächst wenigstens den einladenden Mächten von Locarno vor der Konferenz amtlich notifiziert und damit ein Schritt getan worden ist, zu dem keine der bisherigen Regierungen sich hatte entschließen können. Aber es bleibt noch viel zu tun übrig, um nicht nur die Schuldlüge des Artikels 231, sondern all die anderen Schuldlügen des Versailler Diktates aus der Welt zu räumen, auch die Lüge von den deutschen Kriegsgrenzen, die immer wieder durch die Schandurteile, die in 50 Abwesenheit der Angeklagten gefällt werden, der Welt eingehämmert wird.

(Sehr gut! bei den Deutschnationalen.) [...]

55 [4498] Nun der vierte Grundgedanke. Wir sind der Meinung, dass, wer als Politiker die Güter der Nation, ihre Ehre, ihre Freiheit zu verwalten hat, zu einer absolut nüchternen, klaren Prüfung verpflichtet ist, ob Verträge, ob Bindungen, die er für sein Volk eingehen soll, dem Volke auch wirklich Vorteil bringen. [...] Man hat sich in eine gewisse Begeisterung

(Widerspruch in der Mitte)

60 für dieses „große Werk des Friedens“ hineingeredet. [...] Auch jedes Schutz- und Trutzbündnis lässt diesen unlösbar Rest. Er besteht darin, daß die Verpflichtung, zum Kriege zu schreiten oder nicht zu schreiten, von der Entscheidung abhängig ist, wer im gegebenen Konflikt der Angreifer sei und hier soll sich nun Deutschland auf unkündbare Zeit hinaus der Entscheidung des Völkerbundsrats, der Entscheidung vielleicht Englands darüber unterwerfen, ob es im gegebenen Fall irgendeines zukünftigen Konflikts als Angreifer niedergeschlagen oder als Angegriffener geschützt werden soll. Ja, wir Deutschen haben doch die Erfahrungen der letzten zehn Jahre hinter uns.“

Q4 Ernst Thälmann (Kommunistische Partei) fasst Locarno als Ausdruck des Imperialismus



Ernst Thälmann (1886-1944) war ein deutscher Politiker der Kommunistischen Partei und wuchs in Hamburg auf. Thälmann begann seinen Berufsweg zunächst als Hilfsarbeiter im elterlichen Gemischtwarenladen, wurde aber bald zum Hafen- und Werftarbeiter sowie Speicherarbeiter und Kutscher ausgebildet. Er war früh politisch in Gewerkschaften aktiv. Im Ersten Weltkrieg diente er in Frankreich, desertierte jedoch 1918. Im Umfeld der Novemberrevolution trat er der USPD bei und schloss sich 1920 der KPD an. 1932 kandidierte er bei der Reichspräsidentenwahl als Gegenspieler zu Hindenburg und Hitler. Am 3. März wurde Thälmann von der NSDAP verhaftet und im August 1944 im KZ Buchenwald ermordet. In der DDR wurde Thälmann anschließend zum zentralen Symbol des kommunistischen Widerstands stilisiert.

5

„[4512] Wäre Locarno ein Schritt zur Sicherung des Friedens, zur sozialen und nationalen Freiheit der unterdrückten und ausgebeuteten Klassen und Völker, die Kommunistische Partei Deutschlands, die Kommunistische Internationale, der einzige proletarische Staat, der einzige Freund aller unterdrückten Klassen und Völker: Sowjetrußland, jeder Kommunist würde bedingungslos für Locarno eintreten. Mit derselben Energie, mit der wir heute die unterdrückten Klassen und Länder vor Locarno warnen, mit der wir den Kampf gegen Locarno organisieren, mit derselben Energie würden wir für Locarno eintreten. Denn die Proletarier aller Länder, die unterdrückten Hunderte von Millionen von Bauern und Arbeitern in China, in Indien, in Afrika wollen die Freiheit von den Fesseln des Kapitalismus und Imperialismus. [...]

10

15

[4513] Der englische Imperialismus, der im fernen Osten einen verzweifelten Kampf gegen das Erwachen der unterdrückten Nationen führt, der englische Imperialismus, der das proletarische Rußland vernichten will, weil das Bündnis der siegreichen russischen Arbeiter und Bauern mit den Arbeitern und den unterdrückten Nationen der ganzen Welt die Herrschaft des Imperialismus bedroht, dieser englische Imperialismus will Europa als englische Front gegen Sowjetrußland organisieren.

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

20

Die Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas, vor allem zwischen Frankreich und Deutschland, sollen für die Interessen der englischen Weltpolitik ausgenutzt werden. Die imperialistischen Gegensätze zwischen den einzelnen Staaten Europas sollen so lange normalisiert werden, wie es der englische Imperialismus braucht. In Europa soll gewissermaßen ein Frieden mit beschränkter Haftung unter unmittelbarer Abhängigkeit dieses Friedens vom englischen Imperialismus bestehen. Das ist der wahre Inhalt des sogenannten Westpakts, der sogenannten Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland. [...]

25

30

[4514] Ebenso wie der Sieg der russischen Revolution die Vernichtung von Brest-Litowsk bedeutete, so bedeutet die Niederlage der deutschen Revolution die Aufrechterhaltung von Versailles. Die Vertreter der sogenannten deutschen Realpolitik Luther, Stresemann und General v. Seeckt wissen, daß weder die Waffen der Reichswehr noch der Widerstand der deutschen Arbeiterklasse von heute auf morgen diesen Revanchekrieg möglich machen. Diese Vertreter der deutschen Bourgeoisie hoffen, auf einem anderen Wege das alte imperialistische, monarchistische Preußen-Deutschland wiederaufzubauen. Ebenso wie die Reaktion jetzt andere Methoden zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und Wiedereroberung der Monarchie anwendet als im Kapp-Putsch, nämlich die Monarchisierung Deutschlands auf kaltem Wege unter vorläufiger Beibehaltung der formellen Republik, ebenso versucht jetzt außenpolitisch die deutsche Bourgeoisie mit Locarno eine andere Methode einzuschlagen.“

Q5 Reichsaußenminister Gustav Stresemann (DVP) zum „Geist von Locarno“



Gustav Stresemann (1878-1929) war ein deutscher Politiker und wurde in Berlin als Sohn eines Bierverlegers geboren. Er studierte Nationalökonomie und promovierte 1900 mit einer Arbeit über die Berliner Bierindustrie. 1917 übernahm er den Parteivorsitz der Nationalliberalen Partei und gründete 1918 die rechtsliberale Deutsche Volkspartei (DVP) mit. Er gehörte der verfassunggebenden Nationalversammlung an und war von 1920 bis 1929 Reichstagsmitglied. Als Reichsaußenminister verhandelte er gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand federführend die Verträge von Locarno. 1926 wurden die beiden Staatsmänner gemeinsam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

- „[4531] Wenn man [...] den Versuch betrachtet, diese einseitige gegen uns gerichtete Politik umzuwandeln in ein Gegenseitigkeitsabkommen, das auch einen Gegenseitigkeitsschutz in sich schlösse, wird man es objektiver beurteilen, als es vielfach heute geschieht, wo ich oft die Empfindung habe, als wenn man nicht Vergangenes und Gegenwärtiges miteinander vergleicht und abwägt, sondern lediglich die Frage stellt: Was ist aus Unerträglichem in der Gegenwart noch übriggeblieben? Das ist unzweifelhaft unendlich viel, aber die Abtragung dieses Unerträglichen wird auch die Aufgabe einer Politik von Jahren, einer ganzen Zukunftspolitik des deutschen Volkes und des Deutschen Reichs sein müssen.
- (Sehr richtig! in der Mitte und links.) [...]
- [4539] Wenn man uns fragt, was eigentlich der Geist von Locarno bedeute, von dem soviel gesprochen wurde, der auch deshalb so stark — zum Teil mit Unrecht — kritisiert wurde, weil man die entscheidensten Rückwirkungen von ihm schon erwartete, ehe der Vertrag, der seinen Namen trägt, überhaupt angenommen ist, so zeigt sich die Bedeutung des Geistes von Locarno vor allem in dem Gedanken der Notwendigkeit eines gemeinschaftlichen Zusammenwirkens, in dem Gedanken, daß ein Zusammenbrechen Deutschlands nicht nur eine deutsche Frage, sondern eine europäische und eine Weltfrage ist. Man stimmt ja nicht über Motive ab. Die Motive dieses ganzen Zusammengehens brauchen deshalb nicht im Idealismus, wenigstens nicht in ihm allein zu liegen. Ich glaube, dieser Geist wird am besten fundiert sein, wenn Idealismus und reale Interessen sich dazu verbinden, den Weg aus dem europäischen Zusammenbruch gemeinschaftlich zu suchen. Damit ist eben eine Politik der Diktate und der Unterdrückung Deutschlands nicht vereinbar. Dazu ist notwendig die Grundlage eines dauernden Friedens. Wenn sich für uns aus der ganzen Entwicklung die Möglichkeit ergab, an diesen Dingen mitzuwirken, dann glauben wir, wie der Herr Kollege Koch vorhin gesagt hat, dadurch doch wieder eine neue Etappe errungen zu haben, um allmählich zur Sicherung des Friedens, zur Wiedergewinnung deutscher Souveränität und dadurch zur Wiedergewinnung der Grundlage zu kommen, auf der sich später einmal deutsche Lebensmöglichkeit und deutsche Freiheit aufbauen kann.
- (Lebhafter Beifall bei den Regierungsparteien. — Zischen rechts. — Erneuter Beifall bei den Regierungsparteien.)“

Q6 Gregor Straßer (NSA, später NSDAP) und die Ausrichtung nach Osten



Gregor Straßer (1892-1934) war ein deutscher Politiker, der zunächst Pharmazie studierte und als Apotheker arbeitete. In der Nachkriegszeit engagierte er sich in völkischen Verbänden und trat 1921 der NSDAP bei. 1925 wurde er zum Reichsorganisationsleiter ernannt und gründete gemeinsam mit seinem Bruder Otto den „Kampf-Verlag“, um die Verbreitung der parteiinternen „sozialrevolutionären“ Ideen zu fördern. Strasser vertrat einen antikapitalistischen, sozialrevolutionären Kurs innerhalb der NSDAP, eine Art „linken“ Flügel mit Forderungen etwa nach Verstaatlichungen von Industrie und Banken sowie Zusammenarbeit mit der Sowjetunion. Nach internen Machtkämpfen mit Hitler trat Strasser im Dezember 1932 zurück und wurde 1934 im Kontext des „Röhm-Putsches“ ermordet.

„[4557] In den Verträgen von Locarno ist nicht einmal, sondern nicht weniger als siebenmal ausgesprochen, daß die Grundlage der neu abgeschlossenen Verträge der Friedensvertrag von Versailles ist, und an elf Stellen wird der Völkerbund genannt. Wenn nun die deutsche Regierung und auch die Presse vom »Vorwärts« bis zur »Deutschen Tages Zeitung« die Aufgabe all der abgetretenen deutschen Gebiete, also die Garantierung der Westgrenze zugeben muß, so versteift sie sich umso mehr darauf, den Erfolg der Negierung darin zu sehen, daß die Ostgrenze nicht garantiert sei, daß selbst die deutsch-polnischen und die deutsch-tschechischen Verträge nicht der Garantie Frankreichs unterliegen. [...]

[4558] Für uns Deutsche kommt noch eine deutsche Aufgabe, die politisch, wirtschaftlich und kulturell zugleich ist, hinzu. Wir haben von dem längst zu festen Formen erstarrten, verkalkten kapitalistischen Westen nichts zu erwarten. Keine Möglichkeit harrt dort unser. Aber der noch im Fluß befindliche Osten harrt der Formung, an der das germanische Deutschtum seit Jahrhunderten tätigen Anteil hat. Im Osten liegen unsere politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten, die durch unseren Beitritt zum Völkerbund, durch unseren Anschluß an das Westsystem der Siegerstaaten aufs schärfste gefährdet, wenn nicht völlig vernichtet werden. Vielleicht glaubt der Herr Reichsaußenminister, dessen westliche Einstellung nach seiner wirtschaftlichen und politischen Herkunft und nach seiner familiären Bindung ja bekannt ist, die östlichen Möglichkeiten mißachten zu können. Wir aber, die nationale Opposition,

(Gelächter links)

wir fühlen und wir wissen, was auch ein wesentlicher Teil der deutschen Arbeiterschaft weiß, daß der Weg zur Aktivierung unserer Politik, zur Wiedergewinnung unserer Handlungsfreiheit über den Osten führt, und wir wehren uns dagegen, daß dieser Weg verbaut wird. [...]

[4561] Wir verzichten nie auf Eupen und Malmedy, auf die Saar und auf unsere Kolonien. Wir verzichten auf Nordschleswig so wenig wie auf Memel und Danzig, wie auf Westpreußen und Oberschlesien. Wir jungen Deutschen kennen unsere großdeutsche Aufgabe, und wir speisen die Brüder in Österreich und in Sudeten-Deutschland nicht mit leeren Worten ab. Wir wehren uns mit all unserer heißen Liebe zum deutschen Volk dagegen, daß die Millionen deutscher Arbeitslosen einer nahen Zukunft als Landsknechte des Völkerbundes und seiner Beherrschter überall dort ihr Blut verspritzen werden, wo gesundgebliebene Völker sich gegen den Imperialismus Englands, gegen den Kapitalismus der Wallstreet empören werden. Wir sehen die Entwicklung voraus, warum man uns in den Völkerbund drängen will. Wir wissen, daß einst, wie in München jenes Denkmal für die 30 000 in Rußland gefallenen Bayern steht, überall in der Welt Denkmäler dort stehen werden, wo sich die Völker aufbäumen gegen den gleichen Kapitalismus, der uns zu Boden geschlagen hat,

35 wo sich diese Völker empören gegen den Militarismus Frankreichs, gegen den Kapitalismus der Wallstreet, gegen den Imperialismus Englands, — dass dort überall Denkmäler entstehen, auf denen vielleicht auch wie auf dem Münchener Denkmal steht: Sie starben für ihr Vaterland. Eine neue Generation wird aber auf diesen Denkmälern einschreiben: Sie starben für die Schande von Locarno.
(*Unruhe.*)

40 Wir pfeifen auf alle nationalen Phrasen, die leere Worte bleiben, wenn sie die soziale Tat der Befreiung der deutschen Arbeitnehmerschaft durchführen. Wir wollen keine almosenhafte Sozialpolitik. Wir wollen an Stelle des ausbeuterischen kapitalistischen Wirtschaftssystems einen wahrhaften deutschen Sozialismus, aber nicht geführt durch jene seelenlose jüdische, materialistische Auffassung, sondern getragen von dem gläubigen opferfähigen, urdeutschen Gemeinschaftsgefühl, Gemeinschaftswillen und Gemeinschaftssinn. Ein solcher Staat, der durch die 45 Opfer, zu deren Aufruf allein ein deutscher Staatsmann berechtigt ist, ein in sich geschlossener geworden ist, wird einst die Verträge von Versailles, London und Locarno wie Papierfetzen zerreißen können, weil er sich stützt auf das, was Sie bewußt im deutschen Volke zerschlagen, wofür kein Opfer gebracht werden darf, nämlich auf die Bildung eines in sich geschlossenen Volkes. Wir 50 Nationalsozialisten, die wir unbekümmert um unsere heutige Zahl wissen, [4562] was wir wollen, und die wir einst den Kampf zwischen ganz links und ganz rechts aufnehmen werden, wir wollen die soziale Revolution,

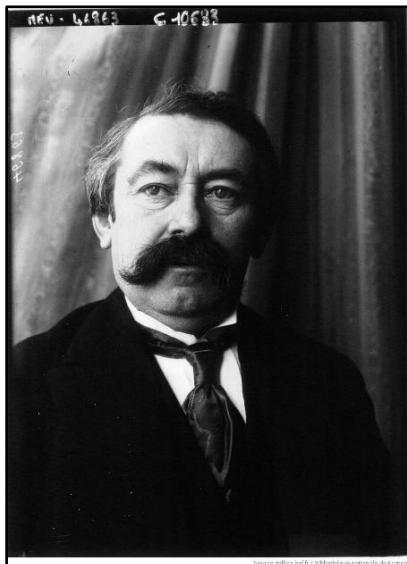
55 (Heiterkeit und bravo! links)
um zur nationalen Revolution zu kommen, und wir wollen die nationale Revolution, um die soziale zu erhalten.

(Ironische lebhafte Rufe links: *Heil!*)

QUELLENZUSATZ: FRANZÖSISCHE PERSPEKTIVE

Frieden für Deutschland und Frankreich

Der französische Außenminister Aristide Briand über die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund



Aristide Briand (1862-1932) war ein französischer Politiker, Jurist und Staatsmann, der zu den prägenden Persönlichkeiten der europäischen Politik in der Zwischenkriegszeit gehörte. Mehrfach bekleidete er das Amt des französischen Ministerpräsidenten und Außenministers. Briand war ein überzeugter Verfechter der Verständigung zwischen den europäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg und setzte sich zeitlebens für eine Politik des Ausgleichs, der Schlichtung und des Friedens ein. Als französischer Außenminister verhandelte er gemeinsam mit dem deutschen Außenminister Gustav Stresemann federführend die Verträge von Locarno. 1926 wurden die beiden Staatsmänner gemeinsam mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Bildnachweis: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b90431955?rk=321890;0#> [25.08.2025].

Biographische Anmerkungen: RENOUARD, Anne-Cécile / EIKENBERG, Gabriel: Aristide Briand (1862-1932), in: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/aristide-briand> [25.08.2025].

Vokabelerklärungen zur Rede von Briand (siehe nächste Seite)

- ¹ douloureux – schmerhaft
- ² taché, e – befleckt
- ³ le voile de deuil – Trauerschleier
- ⁴ la souffrance – das Leiden
- ⁵ s'appaiser – sich beruhigen; hier: nachlassen
- ⁶ le différend – le Konflikt
- ⁷ le juge dira le droit – der Richter (nicht die Waffen) wird Recht sprechen
- ⁸ le magistrat – Beamter; hier: Richter
- ⁹ arrière – nach hinten, weg mit ...!
- ¹⁰ l'arbitrage – Schiedsgerichtsbarkeit
- ¹¹ le dirigeant – le chef
- ¹² mériter qc – etwas verdienen
- ¹³ avoir le devoir de faire cet effort – die Pflicht haben, diese Anstrengung zu unternehmen
- ¹⁴ favorable aux tentatives de la conciliation – den Verständigungsversuchen günstig
- ¹⁵ se multiplier – immer mehr werden
- ¹⁶ la paix chemine à travers toutes ses entreprises – der Friede schreitet durch all diese Unternehmungen voran
- ¹⁷ mettre qc à l'abri de – etwas schützen vor

Aristide Briand: Frieden für Deutschland und Frankreich

Auszug aus einer Rede des französischen Außenministers Aristide Briand anlässlich der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund, Genf, 10 September 1926 mit voranstehenden Vokabelerklärungen (P. Geiss) für den bilingualen Unterricht:

5 Messieurs, la paix, pour l'Allemagne et pour la France, cela veut dire : c'est fini de la série des rencontres douloureuses¹ et sanglantes dont toutes les pages de l'Histoire sont tachées² ; c'en est fini de longs voiles de deuil³ sur des souffrances⁴ qui ne s'apaiseront⁵ jamais ; plus de guerres, plus de solutions brutales et sanglantes à nos différends⁶ ! Certes, ils n'ont pas disparu, mais, désormais, c'est le juge qui dira le droit⁷. Comme les individus, qui s'en vont régler leurs difficultés devant le magistrat⁸, nous aussi nous réglerons les nôtres par des procédures pacifiques. Arrière⁹ les fusils, les mitrailleuses, les canons ! Place à la conciliation, à 15 1'arbitrage¹⁰, à la paix ! [...]

20 A nous de faire ce qu'il faut. Condamner les peuples, c'est facile ; la plupart du temps, ce sont leurs dirigeants¹¹ qui méritent¹² surtout cette condamnation, parce qu'ils ont le devoir de faire effort¹³ sur eux-mêmes, de comprendre les événements, de les interpréter toujours dans un sens favorable aux tentatives de conciliation¹⁴.

25 L'arbitrage ! Ce mot a maintenant tout son prestige et toute sa force; les traités d'arbitrage se multiplient¹⁵ ; de peuple à peuple, on se promet de ne plus se battre, de recourir à des juges. La paix chemine à travers toutes ces entreprises¹⁶, et c'est l'esprit de la Société des Nations qui les anime ; c'est elle, par conséquent, que tous les peuples doivent défendre du plus profond de leur amour, du plus profond de leur cœur, la mettant à l'abri¹⁷ des attaques, la dressant au-dessus de tout.

35 Avec elle [la SDN], la paix ! Sans elle, tous les risques de guerre et de sang dont les peuples n'ont que trop pâti.»

Meine Herren, der Friede für Deutschland und Frankreich, das heißt: es ist vorbei mit der Folge schmerzlicher und blutiger Begegnungen; es ist vorbei mit den langen Schleieren der Trauer und des Leidens, das sich nie beruhigt; kein Krieg mehr, keine brutalen und blutigen Lösungen mehr für unsere Konflikte! Gewiss sind diese Konflikte nicht verschwunden, aber von nun an wird der Richter Recht sprechen. So wie die Individuen ihre Schwierigkeiten vor dem Magistrat [Richter] regeln, so werden auch wir unsere durch friedliche Verfahren regeln. Weg mit den Gewehren, den Maschinengewehren, den Kanonen! Platz für die Verständigung, das Schiedsgericht, den Frieden! [...]

Es liegt an uns zu tun, was getan werden muss. Die Völker zu verurteilen ist leicht; die meiste Zeit über sind es ihre Führer, die diese Verurteilung vor allem verdienen, weil sie die Pflicht haben, sich selbst anzustrengen, um die Ereignisse zu verstehen und sie in einem für die Verständigung förderlichen Sinn zu interpretieren.

Die Verständigung! Dieses Wort hat nun sein volles Ansehen und seine volle Kraft: die Schiedsverträge werden zahlreicher; von Volk zu Volk verspricht man sich, sich nicht mehr zu schlagen, sondern Richter anzurufen. Der Friede schreitet durch all diese Unternehmungen voran, und es ist der Geist des Völkerbundes, der sie belebt. Diesen Völkerbund müssen folglich alle Völker im tiefsten ihres Herzens verteidigen, ihn vor Angriffen schützen und über alles stellen.

Mit ihm [dem Völkerbund] den Frieden! Ohne ihn alle Risiken des Krieges und des Blutvergießens, unter denen die Völker nur zu viel gelitten haben!

Aristide Briand, discours du 10 septembre 1926, in Achille Elisha, A. Briand, discours et écrits de politique étrangère, Paris, Plon, 1965, S. 177f., hier zit. nach O. Wieviorka, O. Prochasson (Hg.) La France du XXe siècle. Documents d'histoire, Paris : Seuil 1994, S. 287, Schnellübersetzung P. Geiss.

QUELLENANGABEN

Q1 Hans Luther

Bildnachweis: Bundesarchiv, Bild 146-1969-008A-07 / CC-BY-SA 3.0, zit. nach URL:

https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_146-1969-008A-07,_Hans_Luther.jpg [19.08.2025].

Biographische Anmerkungen: WEIß, Lothar: Hans Luther. Reichskanzler (1879-1962), in: Internetportal Rheinische Geschichte, abgerufen unter URL: <https://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/hans-luther/DE-2086/lido/57c946095cf0c8.97455604> [19.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4481, zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00046.html [19.08.2025].

Q2 Otto Wels

Bildnachweis: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Ottowelsportait.jpg> [25.08.2025].

Biographische Anmerkungen: MICHAELIS, Andreas: Otto Wels (1873-1939), in: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/otto-wels> [25.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4486, 4487, 4488, 4492f., zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00051.html [19.08.2025].

Q3 Kuno Graf von Westarp

Bildnachweis: Bundesarchiv, Bild 102-00910 / CC-BY-SA, zit. nach URL:

https://commons.wikimedia.org/wiki/Category:Kuno_von_Westarp?uselang=de#/media/File:Kuno_von_Westarp.jpg/2 [25.08.2025].

Biographische Anmerkungen: GASTEIGER, Daniela: Westarp, Kuno Graf von, in: Neue Deutsche Biographie 27 (2020), S. 894-895 [Online-Version], zit. nach URL: <https://www.deutsche-biographie.de/sfz75103.html#ndbcontent> [25.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4493, 4494, 4496, 4497, 4498, zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00058.html [26.08.2025].

Q4 Ernst Thälmann

Bildnachweis: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b9048825g/> [25.08.2025].

Biographische Anmerkungen: ECKELMANN, Susanne: Ernst Thälmann (1886-1944), in: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/ernst-thaelmann> [25.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4512, 4513, 4514, zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00077.html [26.08.2025].

Q5 Gustav Stresemann

Bildnachweis: <https://gallica.bnf.fr/ark:/12148/btv1b531719118/f1.image#> [26.08.2025].

Biographische Anmerkungen: ECKELMANN, Susanne: Gustav Stresemann (1878-1929), in: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/gustav-stresemann> [26.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4531, 4539, zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00096.html [26.08.2025].

Q6 Gregor Straßer

Bildnachweis: Bundesarchiv, Bild 119-1721 / CC-BY-SA 3.0, zit. nach URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Bundesarchiv_Bild_119-1721_Gregor_Strasser.jpg?uselang=de [26.08.2025].

Biographische Anmerkungen: WOZNITZKA, Daniel: Gregor Straßer (1892-1934), in: <https://www.dhm.de/lemo/biografie/gregor-strasser> [26.08.2025].

Quellentext: Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 3. Wahlperiode, 1924/28,5, Berlin 1926, S. 4557, 4558, 4561, 4562, zit. nach dem Digitalisat der Bayerischen Staatsbibliothek, https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt2_w3_bsb00000072_00122.html [26.08.2025].

Hinweis: Internetverweise sind naturgemäß schnelllebig. Sollten Sie feststellen, dass Links inaktiv geworden sind oder inzwischen auf unpassende, möglicherweise sogar rechtswidrige Inhalte verweisen, bitten wir um einen Hinweis an die QVID-Redaktion (E-Mail: dgteam@uni-bonn.de), damit die betreffenden Internetverweise erneut geprüft und ggf. entfernt werden können.